

Konrad Stopp

Zukunftsmodell Sozialstaat

Ein Plädoyer für mehr Wohlstand



Herbert Utz Verlag

Satz und Layout: Matthias Hoffmann

Umschlaggestaltung: Matthias Hoffmann unter Verwendung des Bildes

»Holding small plant « © Photoroller – Fotolia.com

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben – auch bei nur auszugsweiser Verwendung – vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH · 2010

ISBN 978-3-8316-0963-5

Printed in EC

Herbert Utz Verlag GmbH, München

Telefon: 089-277791-00 · www.utzverlag.de

Inhalt

Vorwort	9
Das Thema und sein Umfeld	13
Das Thema	13
Das Umfeld	16
I. Kapitel: Die Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Mensch und Börse	23
Soziale Marktwirtschaft – Neokapitalismus oder: Neoliberalismus contra Neoliberalismus	23
Der Neokapitalismus: ein Auslaufmodell	35
Pyrrhussieg des Kapitals	46
II. Kapitel: Renaissance des Sozialstaats	75
Sozialstaat und Freiheit	75
Denkanstöße für eine alternative Reformpolitik	84
Baustein I: Die 35-Stundenwoche als Regelarbeitszeit im „atmenden Arbeitsmarkt“	96
Baustein II: Die Schwarzarbeit legalisieren. Die Mehrwertsteuer aus-, die Einkommensteuer abbauen	107
Baustein III: Den Sozialstaat umbauen, dessen Finanzierung umstellen	113
Baustein IV: Den Staatshaushalt sanieren	133

Baustein V: Das Grundeinkommen	141
Baustein VI: Die Volksrente	167
Baustein VII: Die Bürgerversicherung	187
Baustein VIII: Die Unfallversicherung	221
III. Kapitel: Den Weltfinanzmarkt ordnen	225
Ausblick	249

Vorwort

Zwei Sachverhalte veranlassten mich, dieses Buch zu schreiben.

Zum einen ist es wirtschaftliche Realität, dass die Wirtschaft mit immer weniger Arbeit ein immer größeres Sozialprodukt bereitstellt. Damit ergeben sich zwei Verteilungsprobleme: Was ist zu tun, damit alle Erwerbsfähigen bezahlte Arbeit finden und auch die Nichterwerbstätigen ein angemessenes Einkommen erhalten?

Zum anderen zeigt sich, dass die „unsichtbare Hand“ des Marktes unfähig ist, diese Verteilungsprobleme zu lösen. Die ordnende Hand des Staates wird unverzichtbar.

Die derzeit Mächtigen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sehen dies anders und verteidigen ihre zum Scheitern verurteilte Politik.

Die Bundesregierung täuscht:

Sie bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft und betreibt Neokapitalismus.

Die Bundesregierung irrt:

Die Massenarbeitslosigkeit wird als ökonomische Panne bewertet.

Sie behauptet:

Die Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche sei wegen der für Wirtschaftswachstum benötigten Sparquote unumgänglich.

Überzogene Sozialleistungen und zu hohe Lohnnebenkosten gingen zu Lasten des Wachstums. Der Sozialstaat versklave seine Bürgerinnen und Bürger.

Widerspruch ist angesagt.

Im ersten Kapitel „Die Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Mensch und Börse“ gehe ich der Täuschung nach. Im II. Kapitel „Renaissance des Sozialstaats“ helle ich die Irrtümer auf und zeige in acht Bausteinen Kernpunkte einer realitätsbezogenen und innovativen Wirtschafts-, Finanz-, und Sozialpolitik.

Brisanz erhält dieses Kapitel durch das „Hartz IV-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010.

Das Gericht verkündete das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, das dem Grunde nach unverfügbar ist und eingelöst werden muss. Es nimmt den Staat in die Pflicht, jedem Hilfsbedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu gewähren, „die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind“. Im III. Kapitel steht die Problematik des von Großbanken auf dem Weltfinanzmarkt geschaffenen Kreditvolumens, welches das realwirtschaftliche Wachstum in astronomischer Höhe überschreitet, im Mittelpunkt meiner Überlegungen.

Zu der hier vorliegenden Ausgabe habe ich auf meine Homepage www.stopp-ottobrunn.de unter dem gleichen Titel eine umfassende Ausgabe als PDF-Datei gestellt, in der die Daten und deren wissenschaftliche Interpretation sowie Projektionsberechnungen aufgenommen sind, die zu meinen hier vorgelegten Aussagen führen.

Dank gebührt meiner Frau, die die Arbeit am Manuskript kritisch begleitete und der ich bemerkenswerte Hinweise und weiterführende Anregungen verdanke. Einen besonderen Dank schulde ich meinem Verleger Herbert Utz, Anja Zimmermann (Leitende Lektorin) und Matthias Hoffmann (Leiter der Abteilung Wissenschaft); sie gestalteten mein Manuskript zu einem zum Lesen einladenden Buch.

Konrad Stopp

Frühjahr 2010

Das Thema und sein Umfeld

Das Thema

Mit der industriellen Revolution, die in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts in Großbritannien, später im übrigen Europa, in Nordamerika und Japan einsetzte, erlebte der Norden in nur 250 Jahren eine bis dahin unbekannte Wohlstandsmehrung. Erfindergeist und unternehmerischer Elan, von Angebot und Nachfrage auf den Märkten gelenkt, waren die Triebkräfte. In den reifen Industriestaaten, so auch in der Bundesrepublik, stellt sich Wohlstand, ja Überfluss ein. Grenzen für Wirtschaftsmengenwachstum kommen in Sichtweite.

Kehrseiten dieser Entwicklung sind Massenarbeitslosigkeit, zusammenbrechende Sozialsysteme sowie einsetzende ökologische Katastrophen. Kaum jemandem kommt in den Sinn, dass die negativen Folgen stürmischen Wachstums Boten eines Umbruchs sind; exakt dies aber ist der Fall.

Erstens: In den reifen Industrienationen wird durch immer weniger Arbeit ein immer größeres Sozialprodukt her- und bereitgestellt. Das Arbeitsvolumen schrumpft, trotzdem steigt das reale Volkseinkommen insgesamt und pro Kopf der Bevölkerung.

Mit weniger Arbeit werden wir insgesamt immer reicher.

Zweitens: John Maynard Keynes, der die Nachkriegswirtschaft maßgebend mitgestaltete, wies bereits 1942 auf Grenzen für Wirtschaftsmengenwachstum hin. „Der private Investitionsbedarf wird

so weit gesättigt sein, dass er hinter dem bei Vollbeschäftigung realisierten Volumen freiwilliger Ersparnis zurückbleiben wird.“ Er behielt recht: Gespartes Geld findet keine Anlage im Produktionsbereich. Die Grenzen für Wirtschaftsmengenwachstum liegen für die fortgeschrittenen und reichen Industriegesellschaften angesichts von Massenwohlstand bereits in greifbarer Nähe. Sie sind nicht nur ökologisch, wie landläufig angenommen, sondern auch ökonomisch bedingt. Regierung und Wirtschaftsführer wollen dies nicht wahrhaben. Sie hoffen, Wachstumsschwäche, Massenarbeitslosigkeit und öffentliche Finanznot mit technischer Innovation und Marktradikalismus überwinden zu können.

Verdrängt wird, dass die Dynamik des marktwirtschaftlichen Prozesses zur Spaltung der Gesellschaft in Arme, Reiche und Superreiche führt, sofern die am Markt erzielten Einkommen nicht im Nachhinein durch und über den Staat „von oben nach unten“ umverteilt werden.

Die Dynamik des marktwirtschaftlichen Prozesses führt zwangsläufig zur Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche.

Entfällt diese interpersonelle Umverteilung, bleiben noch bestehende Wachstumsreserven ungenutzt: Reiche sind „gesättigt“ und können ihren Konsum realiter nicht weiter steigern, die anderen können mangels fehlender Kaufkraft ihre Bedürfnisse auf den Märkten nicht anmelden. Die von der Ökonomie gesetzten Grenzen für Wirtschaftsmengenwachstum werden unnötigerweise vorzeitig mit der Folge nachlassenden Mengenwachstums erreicht.

Reiche stoppen Wirtschaftsmengenwachstum.

Dessen ungeachtet zwingt der im globalen Handel steigende Wettbewerbsdruck Produktions- und Dienstleistungsunternehmen, ihre Arbeit ständig zu rationalisieren; Stillstand bedeutete das Aus. Weiter steigende Arbeitsproduktivität führt jedoch bei rückläufigen Wachstumsraten zwangsweise zu einem Gewinn an erwerbsar-

beitsfreier Zeit. Zwangsfreizeit – in Gestalt von Massenarbeitslosigkeit – ist die Folge; es sei denn, der Gewinn an Zeit wird als Arbeitszeitverkürzung an alle Erwerbsfähigen weitergegeben. Dies aber geschieht nicht. Noch immer ist die calvinistisch-protestantische Auffassung von Arbeit als Gottesdienst, die eine Verbindung mit der industriellen Produktionsform und dem Sozialstaatsprinzip einging, unbewusst gegenwärtig. Der menschliche Lebenslauf wird in Kategorien der Erwerbsarbeit organisiert und auch subjektiv so verstanden. Die uns beherrschende Lebenseinstellung, der Mensch verwirklicht sich in Arbeit, führt zur Abhängigkeit von Erwerbsarbeit.

Trotz des enormen privaten Reichtums relativ Weniger verarmt neben unzähligen privaten Haushalten auch der Staat. 2008 stand dem öffentlichen Schuldenberg in Höhe von 1,6 Billionen Euro ein noch größeres privates Vermögen von 8 Billionen Euro gegenüber.

Die obigen ökonomischen Tatbestände zeigen:

- Mit immer weniger Arbeit werden wir insgesamt immer reicher.
- Die unterlassene interpersonelle Umverteilung der Markteinkommen nach sozialen Gesichtspunkten führt zur Spaltung der Gesellschaft in Arme, Reiche und Superreiche.
- Grenzen für Wirtschaftsmengenwachstum zeichnen sich vorzeitig ab.
- Zwangsläufig erlahmt das Wirtschaftsmengenwachstum, die Wachstumsraten tendieren zu annähernd Null.
- Das soziale Netz wird brüchig.
- Wettbewerbsdruck zwingt dazu, die Arbeitsproduktivität ständig zu steigern; der Produktivitätszuwachs kann nicht ausreichend in Mengenwachstum umgesetzt werden, Massenarbeitslosigkeit stellt sich ein.

- Das stetig zunehmende Volumen an erwerbsarbeitsfreier Zeit ist der neue Reichtum des 21. Jahrhunderts.
- Es existieren hohe Staatsverschuldung einerseits und noch höherer Vermögensbestand in privater Hand andererseits.

Daraus ziehe ich folgende Schlussfolgerungen:

- Um Wirtschaftsmengenwachstum zu ermöglichen, ist vornehmlich die Kaufkraft der Bevölkerung mit kleinen und mittleren Einkommen zu erhöhen. Das heißt: Das zuwachsende Volkseinkommen ist hauptsächlich in die Hände derer zu transferieren, die viele ihrer Bedürfnisse auf den Märkten mangels Kaufkraft bislang nicht anmelden konnten.
- Die Finanzkraft des Staates ist zu stärken.
- Zwangsfreizeit in Gestalt der Massenarbeitslosigkeit erzwingt Arbeitszeitverkürzung.

Wie es zu den paradox anmutenden Sachverhalten kam, ist u. a. das Thema des I. Kapitels. Wie die zu ziehenden Schlussfolgerungen in Reformpolitik umgesetzt werden können, ist das Thema des II. Kapitels.

Das Umfeld

Das Thema dieses Buches ist eingebettet in ein weltweites Umfeld, bestehend aus Zeit und Ort, historischen und sozialen Gegebenheiten.

Die Welt steht inmitten eines historischen Umbruchs. In den reifen Industriestaaten, so auch in der Bundesrepublik, ist die Knappheit wirtschaftlicher Güter im Prinzip überwunden.

Bereits 1963 beschrieb der hoch angesehene deutsche Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Eduard Heimann (1889–1967) in seinem Werk „Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme“ den

ökonomischen Sachverhalt in hochentwickelten Volkswirtschaften wie folgt: „Die ganze menschliche Geschichte hindurch hat es zu wenig Produktion und Kaufkraft gegeben, um alle Bedürfnisse zu decken ... Nun aber haben die Produktion und die aus ihr abgeleitete Kaufkraft die Bedürfnisse nicht nur eingeholt, sondern haben sie hinter sich gelassen.“ Wenn Menschen noch unter Mangel leiden, liegt kein absoluter Mangel, „sondern ein falscher Gebrauch der Gesamtmittel in ihren Proportionen vor“ ... Wir stehen an einer Wasserscheide, „wo, wenn wir fortfahren zu tun, was wir in der Vergangenheit taten, es nicht mehr dasselbe sein wird. Die Wasserscheide, die wir erreicht haben, trennt Sinn von Sinnlosigkeit“.

Wir fahren fort zu tun, was wir in der Vergangenheit taten. Wir arbeiten nicht mehr nur für den Lebensunterhalt und um kulturelle Güter zu schaffen. Wir arbeiten mehr und mehr, um mit Wirtschaftsmengenwachstum Geldvermögen zu bilden. Dies ist zwecklos insofern, als dieses Geldvermögen von der Realwirtschaft nicht benötigt wird (vgl. Pyrrhussieg des Kapitals – Die Finanzkrise) und markiert einen Wertewandel. Nicht der Mensch mit seinen Bedürfnissen steht mehr im Mittelpunkt allen Wirtschaftens. Maximale Kapitalrendite wird zum Maßstab erfolgreicher Arbeit.

Dieser Wertewandel kommt nicht von ungefähr. Er hat soziale und ökonomische Wurzeln: Er basiert auf dem neokapitalistischen Zeitgeist. Helmut Kohls 1982 verkündete Parole „Leistung muss sich wieder lohnen“ aktivierte das begehrliche Verlangen nach immer mehr. Hab- und Raffgier bereiteten den Weg in die Sinnlosigkeit wirtschaftlicher Anstrengungen.

Als Konsequenz der staatlichen Einkommensumverteilung von unten nach oben werden die Grenzzäune für Wirtschaftsmengenwachstum trotz noch vorhandener Sättigungslücken erreicht. Angesichts dieser makroökonomischen Einkommensverteilung Wirtschaftswachstum zu erzwingen ist sinnlos, sofern das Wach-

tum nicht in Arbeitszeitverkürzung, sondern noch immer in Wirtschaftsmengenwachstum umgesetzt wird.

Diese Feststellung bedarf der begrifflichen Klärung. Wirtschaftswachstum ist der umfassende Ausdruck für menschliche Arbeit und deren Produktivität auf gesamtwirtschaftlicher Ebene und hat einen qualitativen und quantitativen Bestandteil. So wurde seit eh und je Wirtschaftswachstum als Arbeitszeitverkürzung und als Wirtschaftsmengenwachstum (Zunahme wirtschaftlicher Güter und des mit deren Herstellung entstehenden Einkommens) verwendet.

Wachstum angesichts der Grenzzäune für Wirtschaftsmengenwachstum zu verwenden, heißt Einkommen zu schaffen, denen keine Gütermenge gegenübersteht. Das zuwachsende Einkommen verpufft in steigenden Preisen, sofern es nicht gespart wird. Als Geldvermögen jedoch findet es mangels zu tätiger Investitionen keine Verwendung in der Realwirtschaft; es dient der Spekulation auf den Finanzmärkten.

In ihrer Gier nach Kapitalrenditen über 25 Prozent blähten Vorstände der auf den Weltfinanzmärkten agierenden Banken die über der Realwirtschaft schwebende Finanzblase in unbegreiflichem Volumen auf. Die Blase platze und stürzte Banken und Wirtschaft in eine nur noch vom Staat aufzufangende Krise (vgl. Finanzkrise 2008). Der vergötterte Wertmesser für erfolgreiche Arbeit, „maximale Kapitalrendite“, überstand die Krise: Die Banken machen weiter wie bisher. Und: Noch immer wird der Tanz um die Götzenbilder „DAX“ und „Dow Jones“ tagtäglich in den Fernseh- und Hörfunknachrichten zelebriert.

Die armen Völker des Südens und Ostens, Entwicklungs- und Schwellenländer, wollen den Wohlstand der reifen Industrieländer. Sie befinden sich inmitten des Aufholprozesses. Die „Tigerstaaten“ – Hongkong, Taiwan, Singapur, Südkorea – machten es ihnen, dem

Vorbild des Nordens folgend, vor, wie der ersehnte Lebensstandard zu erreichen ist. In den letzten 30 Jahren erlebten sie einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufholprozess und haben den Norden bereits eingeholt. China, Malaysia, Thailand und Indonesien folgen – China in atemberaubendem Tempo. Die bisher weniger erfolgreichen Entwicklungsländer suchen den Anschluss.

Mit der vorangeschrittenen Globalisierung ist die neoliberale Wirtschaftsordnung nach Asien, Afrika und Südamerika übergeschwappt. Weltbank und Weltwährungsfonds haben kräftig nachgeholfen.

China geht mit großem Erfolg seinen eigenen Weg. Für den sich gegenüber dem Norden rasant vollziehenden wirtschaftlichen Aufholprozess setzt der Staat die Ziele und Rahmenbedingungen und bestimmt die Prioritäten, was Schritt für Schritt angepackt werden soll.

Da der Norden gewillt ist, seinen materiellen Lebensstandard nicht nur zu halten sondern weiter zu steigern und der Süden den Wohlstand des Nordens will, werden die ökologischen Voraussetzungen für menschliches Leben auf unserem Planeten mehr und mehr zerstört. Falls wie bisher produziert und gewirtschaftet wird, ist der Konflikt um Ressourcen und Marktanteile unabwendbar, denn Ressourcen und Tragfähigkeit der Erde sind begrenzt.

Diesen ökonomischen Konflikt verlagern die Menschen des Südens mehr und mehr auf die Ebene des Kampfes zwischen den Kulturen (Samuel Huntington: Kampf der Kulturen, München 2007). Der Konflikt wächst sich zum Krieg der Kulturen aus; im Extremfall steigert er sich zum Terrorismus Bin Ladens.

Noch ist nicht vorauszusagen, wie dieser ökonomische und auf die kulturelle Ebene gehobene Konflikt ausgehen wird. Eines aber erscheint sicher: Wollen beide, der Norden und der Süden, ihre Ziele erreichen, muss die herkömmliche Überlebensstrategie „zu Lasten anderer“ aufgegeben werden. Nur in wirtschaftlicher Kooperation und im Respekt vor anderen Religionen, Werten, Welt-

anschauungen und Kulturen kann sowohl der Norden als auch der Süden gewinnen.

Der Norden kann nicht weiterhin wie gewohnt wirtschaften. Als Vorleistung muss er auf nennenswertes Wachstum und damit auf beachtliche Wohlstandsmehrung verzichten und sich mit dem Erreichten zufrieden geben. Vorrangig bleibt allerdings, alle Bevölkerungsschichten am noch sehr einseitig verteilten Reichtum angemessen zu beteiligen. Der Süden kann den Norden nicht weiter kopieren. Er wird einsehen müssen, dass auch maßvolles Wachstum auf Dauer nur mit sparsamer Energieverwendung, dem Einsatz erneuerbarer Energien und umweltfreundlicher Produktionsweise zu haben ist.

Bei der unerlässlichen ökonomischen Kooperation ist der Norden besonders gefordert. Ihm obliegt die Aufgabe, gültige Antworten für die Bewältigung der genannten Herausforderungen zunächst für sich selbst zu finden.

Am vordringlichsten ist, den Verbrauch von fossilen Brennstoffen radikal zu senken. Der jüngst von der Europäischen Umweltagentur (EUA) veröffentlichte Bericht brachte ins Bewusstsein, was seit Langem bekannt war, aber verdrängt wurde: die verheerende Wirkung des Treibhausgases auf die Umwelt. Wie dringlich es ist, den Ausstoß von CO₂ zu senken, vermittelt die Tatsache, dass vor allem Chinesen und Inder dabei sind, ihren Energieverbrauch immens zu steigern. Kein Land und vor allem keines der reichen Industrieländer hat das Recht, dies anzufechten. Auch die Menschen des Südens haben grundsätzlich Anspruch darauf, durchschnittlich so viel Energie zu verbrauchen, wie dies in den fortgeschrittenen Industrieländern noch selbstverständlich ist. Geschähe dies jedoch durch fossile Brennstoffe, wäre es um die Tragfähigkeit unserer Erde geschehen.

Vor allem die führenden Industrienationen aber auch die Schwellenländer stehen vor der nicht aufschiebbaren Aufgabe, den Energieverbrauch von Geräten und Maschinen durch modernste

Technologie zu reduzieren und die Energiegewinnung auf erneuerbare Energieformen umzustellen. Insofern sind die Ergebnisse des G8-Gipfels in Heiligendamm (2007), und der Weltklimagipfel in Pittsburgh (September 2009) und in Kopenhagen (Dezember 2009) mehr als enttäuschend.

Darüber hinaus steht der Norden in der Pflicht, seinen Führungsanspruch mit den Belehrungen für alle Welt zu begraben; dies heißt jedoch nicht, der übrigen Welt seine Erfahrungen vorzuenthalten.

Letztendlich sind die alle Staaten bedrängenden Probleme auf den Weltmärkten durch internationale Absprachen zu lösen. Besonders gilt es, für den Weltfinanzmarkt mit seinen gesetzlosen Oasen, eine für alle akzeptable Lösung zu finden und diese gegen die dominierenden Interessen der führenden Industriestaaten und der mächtigen internationalen Kapitalanleger durchzusetzen.